

**Bericht des Vorstandes
der Autobank Aktiengesellschaft**

Wien, FN 45280 p,

über die

**Ermächtigung des Vorstandes, mit Zustimmung des Aufsichtsrates
neue Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechtes auszugeben
(TOP 6 – genehmigtes Kapital)**

Sämtliche Mitglieder des Vorstandes erstatten nachstehenden Bericht des Vorstandes der Autobank Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Wien, gemäß § 170 Abs 2 AktG iVm § 153 Abs 4 Satz 2 AktG an die ordentliche Hauptversammlung der Autobank Aktiengesellschaft am 23. Juni 2014.

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Gesellschaft beabsichtigen, der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft vom 23. Juni 2014 zu Tagesordnungspunkt 6. folgende Beschlussfassung vorzuschlagen:

- a) Der noch nicht ausgenützte Teil der in der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft vom 27.05.2011 erteilten Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG, innerhalb von fünf Jahren nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung im Firmenbuch, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital um bis zu EUR 4.571.576 durch Ausgabe von bis zu 4.571.576 Stück neuen auf den Inhaber lautende Stammaktien oder stimmrechtsloser Vorzugsaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage unter teilweisem Ausschluss des den Aktionären zustehenden gesetzlichen Bezugsrechts zu erhöhen und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen, wird widerrufen.
- b) Gleichzeitig wird der Vorstand gemäß § 169 AktG ermächtigt, innerhalb von fünf Jahren nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung im Firmenbuch mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital um bis zu EUR 5.021.576,00 durch Ausgabe von bis zu 5.021.576 Stück neuer, auf Inhaber lautende Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen – allenfalls in mehreren Tranchen – zu erhöhen und den Ausgabebetrag, die Ausgabebedingungen und die weiteren Einzelheiten der Durchführung der

Kapitalerhöhung im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen und die Ermächtigung des Vorstands allenfalls die neuen Aktien im Wege des mittelbaren Bezugsrechts gemäß § 153 Abs 6 AktG den Aktionären zum Bezug anzubieten.

- c) Der Vorstand wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, das Bezugsrecht der Aktionäre ganz oder teilweise auszuschließen (i) bis zu 10 % des im Zeitpunkt der Satzungsänderung im Firmenbuch eingetragenen Grundkapitals bei Zuteilung der Stückaktien an einen Investor, welche durch seine Kompetenz und/oder sein Investitionskapital neue Geschäftsfelder für die Gesellschaft eröffnen kann oder damit die Marktstellung der Gesellschaft verfestigt und stärkt (strategischer Investor) oder wenn die Kapitalerhöhung (ii) gegen Sacheinlagen oder (iii) zur Bedienung einer Mehrzuteilungsoption (Greenshoe) erfolgt oder (iv) für den Ausgleich von Spitzenbeträgen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital ergeben, zu beschließen.
- d) Diese Ermächtigung ersetzt das bisher in § 5 (Grundkapital, Aktien) Abs (5) der Satzung bestehendes genehmigtes Kapital.

Die Satzung der Gesellschaft wird daher im § 5 (Grundkapital, Aktien) Abs (5) wie folgt geändert:

„§ 5 Grundkapital, Aktien

- (5) *Der Vorstand ist für fünf Jahre nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung im Firmenbuch gemäß § 169 AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital um bis zu EUR 5.021.576,00 durch Ausgabe von bis zu 5.021.576 Stück neuen auf den Inhaber lautende Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen, auch gegen Sacheinlage von Forderungen gegen die Gesellschaft – allenfalls in mehreren Tranchen – zu erhöhen und den Ausgabebetrag, die Ausgabebedingungen und die weiteren Einzelheiten der Durchführung der Kapitalerhöhung im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen und die Ermächtigung des Vorstands, allenfalls die neuen Aktien im Wege des mittelbaren Bezugsrechts gemäß § 153 Abs 6 AktG den Aktionären zum Bezug anzubieten. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des*

Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre ganz oder teilweise auszuschließen (i) bis zu 10 % des im Zeitpunkt der Satzungsänderung im Firmenbuch eingetragenen Grundkapitals bei Zuteilung der Stammaktien an einen Investor, welcher durch seine Kompetenz und/oder sein Investitionskapital neue Geschäftsfelder für die Gesellschaft eröffnen kann oder damit die Marktstellung der Gesellschaft verfestigt und stärkt (strategischer Investor) oder wenn die Kapitalerhöhung (ii) gegen Sacheinlagen oder (iii) zur Bedienung einer Mehrzuteilungsoption (Greenshoe) erfolgt oder (iv) für den Ausgleich von Spitzenbeträgen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital ergeben, zu beschließen.“

Im Hinblick auf die Möglichkeit des Ausschlusses des Bezugsrechtes bei Ausnützung des genehmigten Kapitals hat der Vorstand gemäß § 170 Abs 2 AktG iVm § 153 Abs 4 Satz 2 AktG der Hauptversammlung einen schriftlichen Bericht über den Grund für den Bezugsrechtsausschluss vorzulegen.

- 1) Der Vorstand der Gesellschaft kann Aktien aus dem genehmigten Kapital, gleich ob die Ausgabe neuer Aktien gegen Bareinlagen oder gegen Sacheinlagen oder mit oder ohne des Ausschluss des Bezugsrechtes stattfindet, nur mit Zustimmung des Aufsichtsrates ausgeben. Der Ausgabebetrag, die Ausgabebedingungen und die weiteren Einzelheiten der Durchführung der Kapitalerhöhung können vom Vorstand nur im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festgesetzt werden.
- 2) Das genehmigte Kapital im Umfang von bis zu EUR 5.021.576,00 kann bis zu dem vorgeschlagenen Endtermin, einmal oder mehrmals ausgenützt werden. Insgesamt können höchstens 5.021.576,00 Stück neuer auf Inhaber lautende Stückaktien aus dem genehmigten Kapital ausgegeben werden. Umfänglich handelt es sich um eine Erneuerung des bestehenden genehmigten Kapitals gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 27. Mai 2011. Dieses genehmigte Kapital wurde mit Vorstandsbeschluss vom 13. Dezember 2013, mit Zustimmung des Aufsichtsrates vom 14. Dezember 2013 mit EUR 900.000,00 ausgenützt.

1. Bezugsrechtsausschluss bei Barkapitalerhöhung und Zuteilung von Aktien an einen strategischen Investor

Die nachhaltige Festigung der Marktstellung der Gesellschaft kann durch eine Stärkung der Eigenmittel der Gesellschaft erfolgen, weshalb es aus strategischen Überlegungen zweckmäßig oder notwendig sein kann, einen Investor, welcher durch seine Kompetenz und/oder sein Investitionskapital neue Geschäftsfelder für die Gesellschaft eröffnen kann oder aber damit die Marktstellung der Gesellschaft verfestigt und stärkt, als neuen Aktionär für die Gesellschaft zu gewinnen, dies gegen Gewährung von neuen Aktien aus einer Erhöhung des Grundkapitals. Dem Vorstand soll daher die Möglichkeit offen stehen, in diesem Fall das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, um die Kapitalerhöhung durch Zuteilung der neuen Aktien an einen derartigen strategischen Investor durchführen zu können. In diesem Fall soll der Bezugsrechtsausschluss mit 10 % des am 23.06.2014 im Firmenbuch eingetragenen Grundkapitals beschränkt sein.

2. Bezugsrechtsausschluss bei Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen

Der Ausbau sowie die Stärkung der Marktstellung der Gesellschaft wird möglicherweise nicht alleine aus der bestehenden Struktur heraus stattfinden können. Es könnte daher zweckmäßig sein, insbesondere auch andere Unternehmen oder Betriebe im In- oder Ausland zu erwerben. Dies kann rechtlich sowohl als Kauf bestimmter Vermögensgegenstände eines derartigen Unternehmens oder Betriebes in Form eines Asset-Deals als auch als Erwerb von Anteilen an einer Gesellschaft (Share-Deal) gestaltet werden. In beiden Fällen kann die Gegenleistung nicht nur in Geld, sondern auch in Aktien – sowohl neuen als auch eigenen Aktien – der Autobank AG bestehen. Das kann sowohl vorrangig im Interesse der Autobank AG als Käuferin als auch im Interesse des Veräußerers liegen. Auch aus strategischen Überlegungen kann es zweckmäßig oder notwendig sein, den Erwerb von Vermögensgegenständen oder Gesellschaftsanteilen durch Sacheinlage des Zielunternehmens gegen Gewährung von neuen Aktien aus einer Erhöhung des Grundkapitals durchzuführen. Dem Vorstand soll daher die Möglichkeit eröffnet werden, in diesem Fall das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen.

Die Gewährung von neuen Aktien als Gegenleistung kann auch dann erforderlich sein, wenn Veräußerer zur Übertragung des Unternehmens oder der Anteile nur bereit sind, wenn sie ihrerseits eine Beteiligung (oder zumindest die Möglichkeit einer Beteiligung) an der Gesellschaft erhalten. Aus der Sicht der Autobank AG kann es aus strategischen oder unternehmensorganisatorischen Gründen geboten sein, den Veräußerer als Aktionär in die Gesellschaft einzubinden. Der Ausschluss des Bezugsrechtes der Aktionäre ist in einem solchen Fall verhältnismäßig, weil regelmäßig ein besonderes Interesse der Autobank AG am Erwerb des betreffenden Unternehmens oder der Anteile am betreffenden Unternehmen besteht. Die Wahrung der Interessen der Altaktionäre ist dadurch sichergestellt, dass der Wert des einzubringenden Unternehmens oder der Anteile daran dem Wert der Autobank AG gegenübergestellt wird; in diesem Verhältnis erhält der Veräußerer Aktien an der Autobank AG. Die Altaktionäre nehmen darüber hinaus künftig an den Gewinnen des erworbenen Unternehmens, die sich in der Regel auch durch Synergien mit der Autobank AG erhöhen sollten, teil.

Der Ausgabebetrag der neuen Aktien wird sich am Verkehrswert orientieren, wobei in diesem Zusammenhang genauere Angaben gegenwärtig im Hinblick auf die vorgesehene Dauer der Ermächtigung zur Kapitalerhöhung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre nicht gemacht werden können, da der Ausgabebetrag insbesondere von der Entwicklung der Autobank AG abhängen wird.

3. Bezugsrechtsausschluss bei Mehrzuteilungsoption (Greenshoe)

Im Rahmen der Platzierung neuer Aktien der Gesellschaft ist es oft sinnvoll, Mehrzuteilungsoptionen (Greenshoe) einräumen zu können. Mehrzuteilungsoptionen (Greenshoe) kommen bei Überzeichnung einer neuen Emission zur Anwendung, also wenn die Nachfrage nach den auszugebenden Aktien größer als das Angebot ist. In einem solchen Fall besteht im Rahmen von Mehrzuteilungsoptionen die Möglichkeit, zusätzliche Wertpapiere zu denselben Bedingungen auszugeben, zu denen bereits die im Zuge der Kapitalerhöhung begebenen Aktien ausgegeben wurden. Eine solche bei Wertpapieremissionen übliche Maßnahme hat den Zweck, die Kursentwicklung nach der Platzierung der Aktien zu stabilisieren und liegt damit nicht nur im Interesse der Gesellschaft sondern auch der Aktionäre. Um diese Funktion erfüllen zu können, muss das

Bezugsrecht der Aktionäre für die Mehrzuteilungsoption (Greenshoe) durch den Vorstand ausgeschlossen werden können.

Der Ausgabebetrag im Rahmen einer Mehrzuteilungsoption (Greenshoe) ist mit dem Ausgabebetrag der neuen Aktien jener Kapitalerhöhung ident, für die die Mehrzuteilungsoption (Greenshoe) eingesetzt wird.

4. Bezugsrechtsausschluss für den Ausgleich von Spitzenbeträgen

Die Ermächtigung des Vorstands zum Ausschluss des Bezugsrechtes für den Ausgleich von Spitzenbeträgen dient dazu, im Hinblick auf den Betrag der jeweiligen Barkapitalerhöhung ein praktikables Bezugsverhältnis darstellen zu können. Ohne diesen Ausschluss des Bezugsrechtes würde insbesondere bei einer Kapitalerhöhung mit einem runden Erhöhungsbetrag die technische Durchführung der Kapitalerhöhung erschwert. Die als freie Spitzen vom Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossenen neuen Aktien werden entweder durch Verkauf über die Börse oder in sonstiger Weise bestmöglich für die Gesellschaft verwertet.

Zusammenfassend kommt der Vorstand der Autobank Aktiengesellschaft zu dem Ergebnis, dass die Erteilung einer Ermächtigung an den Vorstand der Gesellschaft, das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrates gegebenenfalls unter Ausschluss des Bezugsrechtes durch Ausgabe neuer Aktien aus dem genehmigten Kapital zu erhöhen, den gesetzlichen Vorschriften vollkommen entspricht.

Im Falle eines Ausschlusses des Bezugsrechtes hat der Vorstand nach seiner Beschlussfassung und spätestens zwei Wochen vor der diesbezüglichen Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat einen entsprechenden Bericht gemäß den gesetzlichen Vorschriften zu veröffentlichen (§ 171 Abs. 1 iVm 153 Abs. 4 AktG).

Wien, im Mai 2014


.....
Mag. Markus Beuchert

Der Vorstand der Autobank Aktiengesellschaft


.....
Dipl.-Betr.oec. Gerhard Dangel